

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Sicherheit erhöhen

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - Juni 2016



Ja zu einem effektiven Nachrichtendienstgesetz

Die heutigen Möglichkeiten des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) reichen angesichts der immer aggressiveren und komplexeren Bedrohungsformen nicht mehr aus, um die präventive Aufgabe des NDB im Bereich der inneren Sicherheit wahrzunehmen.

Das zentrale Anliegen des neuen Gesetzes besteht deshalb darin, die Tätigkeit, die Beauftragung und die Kontrolle des NDB an den technischen Fortschritt anzupassen und die veränderten Risiken und Bedrohungen besser zu berücksichtigen.

Steuerreform 7

Die Unternehmenssteuerreform III sichert Wohlstand und Arbeitsplätze



Guy Parmelin 8-9

Interview mit der VBS-Chef Bundesrat Guy Parmelin



Die SVP in den Schweizer Medien im Juni



Hüte sich, wer sich bindet

Wie hoch das Gut der Unabhängigkeit zu werten ist, hat die BREXIT Abstimmung eindrücklich gezeigt. Nichts desto trotz beabsichtigt Bundesrat Didier Burkhalter, die Schweiz an die EU zu binden. Mittels eines Rahmenabkommens soll überall dort, wo die Schweiz vertraglich mit der EU verbunden ist, bei Anpassungen des EU Rechts auch das Schweizer Recht automatisch, der Bundesrat nennt es dynamisch, angepasst werden.

Bei Streitigkeiten entscheidet nicht das Bundesgericht sondern der europäische Gerichtshof, EugH, und im Falle eines Referendums kann die EU gegen die Schweiz Sanktionen, der Bundesrat nennt es Ausgleichsmassnahmen, ergreifen. Auch wenn der Bundesrat die Details des entsprechenden Abkommens noch verschlossen hält, rüstet sich die SVP für die politische Debatte gegen dieses Abkommen auf. Denn es geht wie schon bei der Abstimmung zum EWR und zur EU um nichts weniger als die zentralen Werte der Schweiz wie Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Föderalismus, Subsidiarität und direkte Demokratie. Diese Werte haben der Schweiz, dank der einmaligen Differenzierung zu anderen Ländern, ihren Wohlstand gebracht.

Eine Anbindung an die EU zerstört dieses Erfolgsmodell. Immerhin darf aktuell festgestellt werden, dass auch die Wirtschaftsverbände und die anderen bürgerlichen Parteien sich nicht eben erfreut zeigen, über die Pläne unseres Aussenministers. Wenn wir aber genau hinhören, sind Zweifel an der Standfestigkeit angesagt. Ich höre oft, jetzt ist für ein institutionelles Abkommen der falsche Zeitpunkt. Es geht aber nicht um den Zeitpunkt, sondern um den für die Schweiz unverträglichen Inhalt. Für ein solches Abkommen gibt es nie einen richtigen Zeitpunkt. Die SVP ist auf der Lauer, denn hüte sich, wer sich bindet.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Bilanz der Sommersession

Die Sommersession 2016 fand vom 30. Mai bis 17. Juni statt.

Positiv:



Was lange währt...

...wird endlich gut. 24 Jahre nach der Einreichung hat das Parlament einer Motion von Lukas Reimann (SVP) zugestimmt, welche fordert, das vom Bundesrat 1992 deponierte **EU-Beitritts-gesuch** zurückzuziehen. Ein unschönes Kapitel der Schweizerischen Aussenpolitik findet damit endlich seinen Abschluss.

Unternehmenssteuerreform III

Neue internationaler Anforderungen machen es notwendig, dass die Schweiz ihre steuerlichen Bedingungen anpasst. Mit der in der Sommersession verabschiedeten Unternehmenssteuerreform III wird es Bund und Kantonen gelingen, ihre steuerlichen Rahmenbedingungen auch zukünftig international konkurrenzfähig zu halten. Nur so können Steuersubstrat und Arbeitsplätze gesichert und gegebenenfalls noch weiter ausgebaut werden.

Keine weiteren Sparmassnahmen bei der Armee!

Der Ständerat hat bei der Debatte zur Armeebotschaft zum wiederholten Male dem Versuch des Bundesrates getrotzt, dem Militär zusätzliche Sparmassnahmen zu verordnen. Damit stehen dem Verteidigungsdepartement in den nächsten vier Jahren **jährlich 5 Milliarden Franken** zur Verfügung.

Negativ:



Verfassungsbruch des Parlaments!

Das Parlament hat gegen den Widerstand der SVP und trotz des in der Verfassung verankerten Verbots der Ratifizierung von neuen internationalen Abkommen zur Zuwanderung, der **Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien** klar zugestimmt. Zwar wurde für die Ratifikation des Abkommens ein Zusatz eingefügt, jedoch bleibt auch mit dieser Bedingung das Vorgehen nichts anderes als ein veritabler Verfassungsbruch, welcher den Willen der Bevölkerung mit Füßen tritt.

Bildungs-Jammeris haben Ziel erreicht...

Der Nationalrat ist dem Vorschlag des Bundesrates gefolgt und hat für die Jahre 2017-2020 einen Verpflichtungskredit von 26 Milliarden Franken für den Hochschulbereich beschlossen. Trotz massiven Sparmassnahmen beim Bund in den kommenden Jahren wird die **Bildung also weiterhin massiv mehr Geld (+ 2 % jährlich) aus der Bundeskasse bekommen**. Ein Antrag der SVP, die Bildungsausgaben auf dem Niveau vom Jahr 2016 im Umfang von 6,187 Milliarden jährlich zu stabilisieren, wurden im Nationalrat abgelehnt. Fakt ist, dass auch mit diesem Antrag die Bildungsausgaben um rund eine Milliarde Franken auf Total 24,74 Milliarden erhöht worden wären.

Dürfen es ein paar Milliarden Franken mehr sein?

Der Nationalrat will in den Jahren 2017-2020 **11 Milliarden Franken für die Entwicklungszusammenarbeit** ausgeben. Er folgte damit trotz der angespannten finanziellen Lage dem Bundesrat. Anträge der SVP die Entwicklungshilfe angesichts des fragwürdigen Nutzens vieler Entwicklungsprojekte drastisch zu kürzen und bei diesem Thema einmal grundsätzlich über die Bücher zu gehen, wurden allesamt abgelehnt. Der Dumme ist damit einmal mehr der Steuerzahler...

FDP-Asyl-Rhetorik

Gross waren die Ankündigungen in der Presse vor der Sommersession. Die Attraktivität der Schweiz als Asylland müsse gesenkt werden, eine härtere Gangart in diesem Bereich sei unumgänglich – so der Ton der neuen FDP-Präsidentin Petra Gössi. Doch es blieb bei den Worten. **Mehrere Vorstösse der SVP in diese Richtung wurden von der FDP nicht unterstützt**. Einmal mehr wurde damit verpasst, wichtige Massnahmen im Asylbereich in die Wege zu leiten – so viel zum Thema aus Liebe zur Schweiz...

Noch mehr Milliarden ins Ausland verschenkt

Vergangene Session beschloss der Nationalrat für die Entwicklungszusammenarbeit bis ins Jahr 2020 jährlich 2,8 Milliarden Franken auszugeben. Rechnet man aber alle Kosten für die öffentliche Entwicklungshilfe zusammen, addieren sich die jährlichen Gesamtausgaben auf über 3,3 Milliarden Franken.

Während der Sommersession beschloss der Nationalrat für die internationale Zusammenarbeit einen Rahmenkredit von über 11 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre. Dies ergibt jährliche Kosten von knapp 2,8 Milliarden Franken. Darin sind aber noch lange nicht alle Ausgaben inbegriffen. Insgesamt gibt die Schweiz für die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) jährlich bereits über 3,3 Milliarden Franken aus. Tendenz steigend.

Millionenbeträge nur für Saläre

Der Bund unterstützt im Rahmen der Entwicklungshilfe hunderte Projekte. Anstatt also die Mittel zu konzentrieren, bedienen wir mehr als die Hälfte aller Staaten dieser Welt. Was für eine Verzettlung! Wer jetzt meint, dass alles Geld an Bedürftige im Ausland fliesst, täuscht sich. Neben den Ausland-Milliarden geht eine dreistellige Millionensumme an Schweizer Organisationen: Letzte Woche legte der Bundesrat auf meine Frage hin offen, dass im letzten Jahr 24 meist weit links aussen politisierende Hilfswerke über 112 Millionen Franken aus der Bundeskasse erhalten haben. Und das ist nur der Grundstock. Obendrauf kommen noch Unsummen für „Projekte“.

SVP verlangt Reduktion bei der Entwicklungshilfe

Da braucht es eine Gegenbewegung. Was ist zu tun? Erstens ist dafür zu sorgen, dass unsere Hilfe und unser Geld nur an wirklich Bedürftige gehen. Das heisst, dass die Beiträge an inländische Profiteure drastisch



Der Bund unterstützt im Rahmen der Entwicklungshilfe hunderte Projekte. Anstatt also die Mittel zu konzentrieren, bedienen wir mehr als die Hälfte aller Staaten dieser Welt.

zu kürzen sind. Zweitens muss der Bundesrat mit den unterstützten Staaten Rückübernahme-Vereinbarungen abschliessen. Und zwar mit der klaren Auflage, dass die Länder ihre Leute zurücknehmen, wenn diese in der Schweiz nichts zu suchen haben. Wer nicht mitzieht, dem sind die Hilfsgelder zu streichen. Drittens ist die öffentliche Entwicklungshilfe von aktuell 0,5 Prozent auf 0,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu reduzieren. Die Ausgaben hätten dadurch allein in diesem Jahr um rund 600 Millionen zurückgefahren werden können. Geld, welches

wir stattdessen im Inland verwenden könnten. Beispielsweise für das laufende Stabilisierungsprogramm 2017-2019. Es geht doch nicht an, dass wir in der Schweiz ein Sparprogramm schnüren müssen, gleichzeitig aber weiterhin Milliardenbeträge ins Ausland schicken.

von Nationalrat
Roland Büchel,
Oberriet (SG)



Schweiz–Kroatien in verfassungsrechtlicher Nachspielzeit

Nach einigem Hin und Her zwischen National- und Ständerat, haben sich die beiden Räte doch noch auf eine Unterzeichnung des Kroatien-Protokolls geeinigt.

Der Nationalrat wollte den Bundesrat ohne jegliche Auflagen dazu ermächtigen, die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu ratifizieren. Durchgesetzt hat sich aber glücklicherweise der Ständerat. Nun gilt: Jenes Protokoll darf der Bundesrat erst dann ratifizieren, wenn sich die Schweiz mit der EU in der Zuwanderungsfrage geeinigt hat, die wiederum mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbar ist. Also «Masseneinwanderungs-kompatibel» ist.

«Nun gilt: Jenes Protokoll darf der Bundesrat erst dann ratifizieren, wenn sich die Schweiz mit der EU in der Zuwanderungsfrage geeinigt hat, die wiederum mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbar ist. Also "Masseneinwanderungs-kompatibel" ist.»

Bei dieser Vorlage galt es eine primäre Frage zu beantworten, jene der Verfassungsmässigkeit: Verletzt das Protokoll zum Freizügigkeitsabkommen (FZA) den neuen Masseneinwanderungs-Artikel 121a der Bundesverfassung? Jener besagt unter anderem: «Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.»

Dem Druck aus der EU nicht nachgeben

Da die Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit kennt, verbleibt einzig das Bundesparlament als Hüterin der Verfassung. In der vorbereiteten Kommission verkaufte uns der Bundesrat jedoch allem voran die Wichtigkeit von Horizon 2020 und präsentierte uns die negativen Auswirkungen dieser Nichtratifizierung. Doch die Kroatien-Vorlage hat null und nichts mit Horizon 2020 zu tun – politisch ja, rechtlich nein. Der Bundesrat hat leider dem Druck der EU nachgegeben. Hier darf es jedoch nicht um etwaige positive oder negative Auswirkungen dieses Protokolls und schon gar nicht um die Befindlichkeiten der EU gehen. In Sachen Aussenpolitik weist uns der Bundesrat dauernd auf die Überholspur. In der Innenpolitik jedoch kann es oft nicht langsam genug gehen.

Personenfreizügigkeit nicht mit der Bundesverfassung vereinbar

Doch ich erkenne diverse inhaltliche Kollisionen zwischen dem Freizügigkeitsabkommen und dem Masseneinwanderungsartikel: Letzterer verlangt, dass die Schweiz

die Zuwanderung eigenständig steuert. Dass die Zahl der Bewilligungen durch Höchstzahlen und Kontingente begrenzt werde. Dass die Höchstzahlen für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts gälten. Und dass schliesslich ein Vorrang für Schweizerinnen und Schweizer auf dem Arbeitsmarkt herrsche. Das Kroatien-Protokoll foutiert sich um all diese Bestimmungen.

«In Sachen Aussenpolitik weist uns der Bundesrat dauernd auf die Überholspur. In der Innenpolitik jedoch kann es oft nicht langsam genug gehen.»

Klar, Kroatien ist ein kleines Land, eine effektive Massenemigration in die Schweiz ist nicht zu erwarten. Nichtsdestotrotz, es geht hier um äusserst wichtige Güter, die Demokratie und den Rechtsstaat, mithin um die Einhaltung der Bundesverfassung, die hierzulande von Volk und Ständen legitimiert wird.



von Ständerat Thomas Minder,
parteilos, SVP-Fraktion,
Neuhausen am Rheinfall (SH)

DIE KOMPAKTE BOOSTERJET-SENSATION: NEW BALENO SERGIO CELLANO TOP MIT TURBOMOTOR BEREITS FÜR Fr. 20 490.-

PREMIERE
Modellreihe
bereits ab Fr. 15 990.-

IHR JUBILÄUMSVORTEIL Fr. 3 480.-*

**NEW BALENO BOOSTERJET SERGIO CELLANO TOP
BEREITS FÜR Fr. 20 490.-**

Auch als Automat. Limitierte Serie. Nur solange Vorrat.
*Ihr Sergio Cellano Vorteil: eine trendige Ledertasche
«Weekender», ein bequemes Sergio Cellano Reisekissen,
hochwertige Bodenteppiche, ein eleganter Schlüsselanhänger
sowie äusserst attraktive Dekorelemente. Ausserdem bei jedem Fahrzeug inklusive: Fr. 2 000.- Jubiläums-
Bonus und 5 Jahre Suzuki Premium- und Mobilitätsgarantie.



WIR FEIERN, SIE PROFITIEREN!



New Baleno Boosterjet Sergio Cellano Top



Ihr Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Ihre Bedürfnisse abgestimmtes Hit-Leasing-Angebot mit attraktiven 3.5%. **Leasing-Konditionen:** 48 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 3.56%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 15% vom Nettoverkaufspreis, Kautions: 5% vom Nettoverkaufspreis, mindestens Fr. 1 000.-. Die Laufzeit und Kilometerleistung sind variabel und können Ihren persönlichen Bedürfnissen angepasst werden. Finanzierung und Leasing: www.multilease.ch. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt (Jubiläums-Bonus von Fr. 2 000.- bereits abgezogen).** Limitierte Serie. Nur solange Vorrat. Jetzt kaufen und profitieren. Gültig für Vertragsabschlüsse bis 31.8.2016 oder bis auf Widerruf.
*New Baleno Boosterjet Sergio Cellano Top, 5-türig, Fr. 20 490.-, Vorteil Sergio Cellano Paket Fr. 1 480.-, Jubiläums-Bonus Fr. 2 000.-, Jubiläumsvorteile Fr. 3 480.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.5l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO₂-Emission: 105g/km; New Baleno Hybrid Compact Top, 5-türig, Fr. 19 990.-, Jubiläums-Bonus Fr. 2 000.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.0l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emission: 94g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 139g/km.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch

Vor der Entscheidung

Beiträge zur europapolitischen Debatte in der Schweiz

Vor der Entscheidung

Beiträge zur europapolitischen Debatte in der Schweiz



Carlo Jagmetti – Beat Gygi – Pirmin Meier – Marco Lorez
Christoph Blocher – Simon Küchler – Hans Fehr – Lukas Weber

Taschenbuch
Softcover
94 Seiten

Verschiedene Autoren, die sich in einer informellen Gruppe zusammengefunden haben, machen sich Gedanken über das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU.

CHF 14.90

Alle Zeichen deuten hin auf ein unmittelbar bevorstehendes Plebiszit zur Frage: **Wie hoch ist der politisch-institutionelle Preis, den die Schweiz für die Beibehaltung der Verträge mit der EU zu zahlen bereit ist?**

Zu dieser Debatte liefern die Autoren einen Beitrag. Sie sind um eine objektive, parteiübergreifende Darstellung der aktuellen Fragen des europäischen Diskurses in der Schweiz bemüht. Das vorliegende Sachbuch behandelt verständlicherweise nicht alle, sondern die nach Auffassung der Autoren wichtigsten Bereiche. Das Buch ist keine Kampfschrift, und mit den Eintagsfliegern der beinahe täglich erscheinenden Anregungen, Forderungen und Verlautbarungen von Politikern, Parteien und Behörden befasst sich das Buch nicht.

Die Autoren begegnen den bundesrätlichen Plänen, insbesondere einer allfälligen Einbindung der Schweiz in die Strukturen der EU, mit angemessener Skepsis und stellen Fragen, ohne einer endgültigen Antwort vorgreifen zu wollen.

Das Buch liefert, trotz seiner Grenzen, nützliche Informationen und ist eine Hilfe für die bevorstehenden politischen Entscheidungen.

Carlo Jagmetti – Beat Gygi – Pirmin Meier – Marco Lorez
Christoph Blocher – Simon Küchler – Hans Fehr – Lukas Weber

Jetzt bestellen

Bestellen Sie das Buch «Vor der Entscheidung» online unter www.swiboo.ch, per Telefon 062 865 40 90 oder per E-Mail an mail@zumsteg-druck.ch

Preis: CHF 14.90 (zzgl. CHF 3.- für Porto und Versand)

ISBN-Nummer: 978-3-906112-58-9

swiboo.ch by Zumsteg Druck AG
Untere Grubenstrasse 1 | CH-5070 Frick

swiboo.ch
Das Schweizer Verlags-Portal

Die Steuerreform sichert Wohlstand und Arbeitsplätze

Wegen neuer internationaler Regelungen muss die Schweiz ihr Steuersystem anpassen. 24'000 internationale Unternehmen, die zusammen mehr als 5 Milliarden Franken Steuern bezahlen und 150'000 Mitarbeiter beschäftigen, könnten deshalb ins Ausland abwandern. Vor diesem Hintergrund verabschiedete das Parlament diese Sommersession die Unternehmenssteuerreform III. Die Reform gibt den Kantonen die steuerlichen Werkzeuge an die Hand, um den Wegzug dieser Firmen zu verhindern und ihre steuerliche Attraktivität zu erhalten.

Die OECD und die EU verlangen von der Schweiz die Abschaffung der tieferen Steuersätze für internationale Unternehmen. Die betroffenen 24'000 Firmen sind für den Wirtschaftsstandort Schweiz wichtig. Sie kommen im Bund für rund die Hälfte und in vielen Kantonen für einen wesentlichen Teil der Gewinnsteuern auf. Zudem beschäftigen sie 150'000 Mitarbeiter. Wenn sie abwandern, verliert die Schweiz diese Steuereinnahmen und diese Arbeitsplätze – und Schweizer Firmen und Privatpersonen müssten dafür aufkommen. Das will die Unternehmenssteuerreform verhindern.

Neue steuerliche Massnahmen für Unternehmen beschlossen

Damit die betroffenen Unternehmen nicht ins Ausland abwandern, stellte das Parlament einen Werkzeugkasten mit international akzeptierten steuerlichen Werkzeugen zusammen. Die Kantone können daraus die für ihre Unternehmen passenden Werkzeuge auswählen. So können Patenterträge und Forschungsaufwendungen neu von den Steuern abgezogen und Zinsen von Kapitalgesellschaften, sofern die Dividendenbesteuerung ein gewisses Minimum erreicht, geltend gemacht werden. In vielen Kantonen sind Steuersatzsenkungen zu erwarten. Für allfällige Steuerausfälle kompensiert der Bund die Kantone mit zusätzlichen Mitteln.

Die SVP unterstützt die Unternehmenssteuerreform III aus folgenden Gründen klar:

- 1 Die Reform ist föderalistisch aufgebaut und respektiert die Kantonsautonomie.
- 2 Die Reform sichert Steuereinnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden.
- 3 Die Reform verhindert den Wegzug von internationalen Firmen und deren Arbeitsplätze aus der Schweiz.

Arbeitsplätze sichern

Bereits während der Ausarbeitung der Reform kündigte die SP ein Referendum gegen die Vorlage an.

Mit der Unternehmenssteuerreform III kann der Steuerstandort Schweiz auch in Zukunft steuerlich attraktiv bleiben und der Wohlstand für jeden Einzelnen gewahrt werden.



von Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin Graubünden,
Mitglied der Kommission für
Wirtschaft und Abgaben

«Wir brauchen bessere Augen und Ohren»

Bundesrat Guy Parmelin, Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport im Interview mit dem Klartext.

SVP-Klartext: Herr Bundesrat Parmelin, Sie sind fast sechs Monate im Amt, Zeit, um eine erste Bilanz zu ziehen. Gibt es etwas, was Sie sich ganz anders vorgestellt haben, bevor Sie Bundesrat wurden?

BR Guy Parmelin: Fast alles. Nein, Spass beiseite. Die Exekutive, als ausführendes Organ, funktioniert grundsätzlich anders als die Legislative, in welcher ich bis jetzt Einsitz genommen habe. Im Parlament haben wir Gesetze und Verordnungen beraten, und als Bundesrat gilt es nun, die Entscheide des Parlamentes umzusetzen. Oft müssen rasch Entscheide gefällt werden, welche tiefgreifende Konsequenzen mit sich bringen. Diese fallen mit zugegebenermassen nicht immer ganz einfach, gehören aber zu meiner Rolle als Departementsvorsteher. Grundsätzlich fühle ich mich aber sehr wohl in meiner neuen Rolle als Bundesrat und Vorsteher des Verteidigungsdepartementes.

Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Die EU hat grosses Interesse an der Partnerschaft mit der Schweiz. Wir sind ein verlässlicher Partner, wir sind als Wirtschaftsstandort weltweit führend und sind ein sicherer Standort und das wissen die Mitglieder der EU. Natürlich stellen sich uns in verschiedenen Bereichen auch Herausforderungen, welche wir in Zukunft gemeinsam meistern müssen. Ich bin mir aber sicher, dass es zu Kompromissen kommen wird.

Wie kann es uns gelingen, unsere Eigenständigkeit auch in Zukunft zu bewahren?

Wichtig ist, dass wir auch in Zukunft unseren eigenen Weg gehen und gegenüber dem Ausland selbstbewusst auftreten. Gerade die Schweiz mit ihrem starken Wirtschaftsstandort, dem grossen Know-How, der guten Infrastruktur und nicht zuletzt der grossen Sicherheit

abschiedet. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) erhält durch das NDG zusätzliche Mittel. Im Gegenzug werden ihm detailliertere gesetzliche Bestimmungen und zusätzliche Kontrollen auferlegt. Das NDG gewährleistet das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Wahrung der individuellen Freiheit und stärkt die Sicherheit der Schweiz.

Was ist das wichtigste an diesem neuen Gesetz für den Nachrichtendienst der Schweiz?

Die Schweiz verfügt angesichts der aktuellen Bedrohungen über keinen ausreichenden Schutz mehr, und die geltenden gesetzlichen Grundlagen müssen an die immer komplexeren und unberechenbareren Umstände angepasst werden.

Nach der geltenden Schweizer Gesetzgebung darf der Nachrichtendienst heute nur an öffentlichen Orten Informationen sammeln. Das Eindringen in Computer und die Überwachung der Telekommunikation ist ihm ebenfalls untersagt. Das NDG sieht neue Massnahmen vor, beschränkt sie jedoch strikt und unterstellt sie einem mehrstufigen richterlichen und politischen Genehmigungsverfahren.

Haben Sie keine Bedenken, dass die Freiheit der Bürger durch einen zu starken Überwachungsstaat eingeschränkt wird?

Nein, weil diese Massnahmen nur bei schwerwiegenden Bedrohungen der inneren oder äusseren Sicherheit im Zusammenhang mit Terrorismus, verbotenem Nachrichtendienst und Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen zur



Zur Person Guy Parmelin:

geboren am 9. November 1959 in Bursins (VD)
verheiratet mit Caroline, bis Ende 2015 Landwirt
und Weinbauer

1994 - 2003: Kantonsparlament Waadt

2003 - 2015: Nationalrat und Vizepräsident SVP Fraktion
(Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
sowie der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie)

Seit 9. Dezember 2015: Bundesrat, Chef des VBS

ist ein verlässlicher und attraktiver Partner für andere Länder. Dessen müssen wir uns immer wieder bewusst sein. Aus diesen Gründen bin ich überzeugt, dass wir unsere Eigenständigkeit auch in Zukunft bewahren werden.

Wie wichtig ist für Sie das neue Nachrichtendienstgesetz, über welches wir am 25. September abstimmen können?

Sehr wichtig. Angesichts der sich stetig wandelnden Bedrohungen, mit welchen die Schweiz konfrontiert ist, haben Bundesrat und Parlament das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) ver-



Bundesrat Guy Parmelin: «Das neue Nachrichtendienstgesetz gewährleistet das Gleichgewicht zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit.»

Anwendung kommen dürfen. Und die Kontrolle ist sehr gross geschrieben. Der Nachrichtendienst muss vor einer gezielten Abhörung die Zustimmung des Bundesverwaltungsgerichtes und des Vorstehers des VBS einholen. Auch der Vorsteher oder der Vorsteherin des EJPD und des EDA müssen einverstanden sein. Schlussendlich werden die Massnahmen von der Geschäftsprüfungsdelegation und von einer unabhängigen Aufsichtsinstanz kontrolliert. So gewährleistet das neue Gesetz das Gleichgewicht zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit.

Viele Personendaten werden gesammelt. Was passiert damit?

Wie es bereits jetzt der Fall ist, dürfen Personendaten, die keinen Bezug zur Bedrohungslage aufweisen, nicht verwendet werden und müssen vernichtet werden. Bei der Kabelaufklärung dürfen nur jene Informationen bearbeitet werden, die den vorgängig definierten Suchbegriffen entsprechen. Angaben über natürliche oder juristische Personen aus der Schweiz sind als Suchbegriffe nicht zulässig. Damit wird die Massenüberwachung auch im Bereich der Kabelaufklärung verhindert.

Wo verorten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Wir haben ganz klar Handlungsbedarf im nachrichtendienstlichen Bereich.

Dort geht es um die Bedrohung, die im Moment auch für die Schweiz die grösste ist: der internationale Terrorismus. Im Moment sind uns hier die Hände zu stark gebunden, wir brauchen bessere Augen und Ohren, wenn wir terroristische Absichten auch in der Schweiz frühzeitig erkennen und unterbinden wollen – deshalb ist das neue Gesetz für uns so wichtig. Ein zweites grosses Problem ist der ganze Cyber-Bereich. Hier hat die Bedrohung in den letzten Jahren klar zugenommen. Neben den vielen positiven Eigenschaften kann der Cyber-Bereich eben leider auch für eine grosse Palette von Angriffen und Missbrauch genutzt werden, von einfachem Vandalismus im Internet über Datendiebstahl bis zu richtigen Spionage- und Sabotage-Angriffen. Wir haben auf Stufe Bund zwar schon einiges unternommen für einen besseren Schutz im Cyber-Bereich, wir müssen hier aber sicher noch besser werden und auch die Zusammenarbeit verstärken, z.B. mit den Kantonen und privaten Unternehmen. Der Spionagefall bei der Ruag hat ja gerade wieder gezeigt, wie real dieses Problem ist.

Wie gross schätzen Sie die Gefahr für mögliche terroristische Anschläge in der Schweiz ein?

Die terroristische Bedrohung für die Schweiz bleibt wie in anderen europäischen Ländern erhöht. Diese ist zum einen auf eine hohe Anzahl von dschi-

hadistisch motivierten Reisebewegungen zurückzuführen, aber auch auf die direkten Aufrufe des „Islamischen Staats“ und weiterer Terrorgruppierungen, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben. Wir gehen zwar davon aus, dass unser Land nicht zu den prioritären Zielen des dschihadistischen Terrorismus zählt. Aber zahlreiche Länder, die militärisch gegen den „Islamischen Staat“ engagiert sind wie auch internationale Organisationen haben Vertretungen in der Schweiz.

Schauen wir zurück auf die ersten sechs Monate: nennen Sie mir drei Punkte, wo Sie zufrieden sind, drei wo Sie unzufrieden sind (alle aufs VBS bezogen) in dem, was Sie erreichen bzw. bewegen konnten:

- +** Professionalität und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- +** Armee reform wurde im Parlament klar gutgeheissen
- +** viele positive Kontakte mit ausländischen Ministern
- Beschaffungsprozesse müssen effizienter werden
- ich möchte eine offene, transparente und ehrliche Unternehmenskultur pflegen
- es muss uns gelingen, das Vertrauen in die Verwaltung wieder zu stärken

TEURER GRÜNER ZWANG



NEIN

ZUR INITIATIVE
GRÜNE WIRTSCHAFT

Abstimmung vom 25. September 2016

Die extreme Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» verpflichtet die Schweiz, den aktuellen Energie- und Ressourcenverbrauch um **mehr als 65 Prozent zu senken**. Das geht nicht ohne radikale Zwangsmassnahmen und höhere Preise für Lebensmittel, Reisen und Mieten. Durch das grüne Diktat muss jede und jeder den gewohnten Lebensstil radikal ändern, sich erheblich einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Die Umerziehungs-Initiative torpediert den Werkplatz Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze.

Extreme Bevormundung

Zwang, weniger Fleisch, Fisch, Milchprodukte und importierte Früchte zu konsumieren

Stark steigende Preise

Massive Steuererhöhungen auf Benzin, Diesel, Heizöl und Strom

Linke Planwirtschaft

Weitere Produktionsvorschriften und Konsumbeschränkungen

Grünes Diktat im Alltag

Kleinere Wohnungen und eingeschränkte Freizeitaktivitäten

HELFEN SIE MIT, DIE GRÜNE BEVORMUNDUNG ZU STOPPEN! TRAGEN SIE SICH EIN:

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

Überparteiliches Komitee «Nein zur unverantwortlichen AHV-Initiative», 3001 Bern

AHV gefährden statt sichern?

Seit zwei Jahren gibt die AHV schon sehr viel mehr aus, als sie einnimmt. Weil die Schweizerinnen und Schweizer immer älter werden und es immer mehr Rentner gibt, verschärft sich dieses Problem rasch. Ausgerechnet jetzt fordern die Gewerkschaften 10 Prozent mehr AHV für alle – egal ob arm oder reich. Das kostet jährlich bis zu 5.5 Milliarden Franken und ist verantwortungslos!

Renten sichern heisst NEIN sagen zu diesem Ausbau nach dem Giesskannenprinzip!

Helfen Sie mit, **diese linke Träumerei zu stoppen.**
Tragen Sie sich ein: www.ahv-initiative-nein.ch

www.ahv-initiative-nein.ch

Überparteiliches Komitee
«Nein zur unverantwortlichen AHV-Initiative», 3001 Bern

Teure AHV-Initiative **NEIN**

Auch Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht

Menschenrechte sind die grösste Errungenschaft der Menschheit. Bereits in der Antike wussten die Menschen um die Bedeutung der Schriftlichkeit von Gesetzen, womit Rechtssicherheit geschaffen und der Willkür der Herrschenden Grenzen gesetzt wurden. Später waren es so bedeutende Rechtsakte, wie „Habeas corpus“ oder die „Magna Charta“, die die Macht der Mächtigen beschränkten.

Den schönsten Ausdruck fanden die aufklärerischen Ideen vom freien Menschen in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, die das unveräusserliche Recht auf Leben, auf Freiheit und das persönliche Streben nach Glück verbrieft. Die einen Monat vor der darauf aufbauenden „Bill of Rights“ 1791 in Frankreich verabschiedete „Déclaration des Droits de l’Homme et du Citoyen“, war der erste in sich geschlossene Katalog der Menschenrechte.

Guillotine statt Menschenrechte in Frankreich

Doch schöne und gut gemeinte Erklärungen sind das Eine, ihre Garantie und Durchsetzung das Andere. Das illustriert besonders eindrücklich das Beispiel Frankreichs. Die Tinte unter der 1948 verabschiedeten und 2003 sogar zum Weltdokumentenerbe erhobenen UN-Menschenrechtserklärung war kaum trocken, als sie bereits weitgehend toter Buchstabe war. Die neuen Machthaber wüteten nach Belieben. Sie schürten bewusst die Angst der Bevölkerung und setzten dazu auf Terror. Von einem fairen Prozess konnte, wer konterrevolutionären Verhaltens bezichtigt wurde, nur träumen. Die Menschenrechte wurden von ihren „Erfindern“ gefressen.

Freiheitsrechte sind dem Staat lästig Grund- und Freiheitsrechte werden

von den Regierenden naturgemäss oftmals als lästig empfunden. Auch in der Schweiz. Zwar droht Dissidenten hierzulande nicht die Guillotine, aber die Rhetorik gewisser internationalistischer Eiferer erin-

rückwirkend einführen und verschärfen wollte. Wurde sie in Handschellen abgeführt und wegen Verletzung jahrhundertealter Rechtsprinzipien verurteilt? Nein, sie wurde von den Zeloten einer pervertierten Rechtsstaatlichkeit gefeiert!



Mündiger Souverän

Wenn sich nun ausgerechnet jene, vor denen uns die Menschenrechte schützen sollen, als deren Schutzpatrone aufspielen, ist grösste Skepsis geboten. Was der Staat uns gibt, kann er uns auch wieder wegnehmen. Soweit dürfen wir es auf keinen Fall kommen lassen. In der Eidgenossenschaft bilden die mündigen und urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürger den Souverän. Ohne sie hätten wir weder Freiheitsrechte noch Rechtsstaat. Beides ist darum bei ihnen wesentlich besser aufgehoben und geschützt, als bei irgendwelchen Funktionären, denen so Grenzen gesetzt sind. Gerade deshalb gilt es die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, um sie vor der Willkür der Elite zu schützen. Genau das will die Selbstbestimmungs-Initiative, die Landesrecht vor nicht demokratisch legitimiertem nicht zwingendem Völkerrecht verankern will.

nert stark an jene der Sansculotten. Wenn etwa mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien klares Verfassungsrecht gebrochen wird, so gehören jene zu dessen glühendsten Fürsprechern, die eben noch der Verfassungsgerichtsbarkeit das Wort redeten. Oder als Eveline Widmer-Schlumpf strafrechtliche Bestimmungen des Steuerrechts

demokratisch legitimiertem nicht zwingendem Völkerrecht verankern will.

von Nationalrat Claudio Zanetti, Gossau (ZH)



Kapitalanleger gesucht

für Wiesland

10 Ha, inkl. Land-Haus 11x21 Lfm., 2 Scheunen, Käserei, an Hauptstrasse. 15 Auto-Minuten von Meiringen Bo.

Dank grossen Investitionen, Preis nach Bodenrecht
Fr. 1'690'000.-

Auskunft: Tél. 079 109 04 22 E. Feuz-Zurbruchen

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

Farb-Laserdrucker **GRATIS!**

Lexmark C748de (empf. VP Fr. 1429.- exkl. MwSt.)

33 Farb-Seiten/min., 1200 dpi, Duplex, 100+550 Blatt Papiervorrat
Netzwerk, Farb-Touchscreen 10,9 cm, 1 Jahr Onsite-Garantie.

Sie bezahlen nur das Verbrauchsmaterial!

Toner bis Fr. 750- günstiger

10'000 Farbdrucke à 6,5 Rp. = **Fr. 650.-**

statt bis Fr. 1400.00 oder mehr. 20'000 Farbdrucke = **Fr. 1300.-**

statt bis Fr. 2'800.- Wir verraten Ihnen den Unterschied zu Ihren aktuellen Geräten, um zu zeigen, was Sie verschenken.

Bei A3-Geräten mit Service-Abo **idealer Reserve-Drucker** bei Ausfall. Zudem günstiger: 6,5 Rp. 8 - 10 Rp.

Weitere GRATIS-Angebote:

s/w-Drucker (24 = 24000 Seiten minimal)	1,9 Rp.
s/w-Drucker/Kopierer/Scanner/Fax (16)	3,5 Rp.
s/w-Drucker A3 (20)	5,8 Rp.
s/w-Drucker/Kopierer/Scanner A3 (20)	6,8 Rp.
Fardrucker A4 (6)	7,0 Rp.
Farbdrucker A4 Turbo (47 Farb-S./min.) (11)	8,0 Rp.
Farbdrucker/Kopierer/Scanner/Fax (20)	8,7 Rp.
dito Turbo (47 Farb.-S.min.) (33)	14,0 Rp.
Farbdrucker A3 (18)	9,0 Rp.
Farbdrucker/Kopierer/Scanner/Fax A3 (22)	15,6 Rp.

SOLANGE VORRAT!

exkl. MWST.

10% Zusatz-Rabatt für SVP-Mitglieder

OCoTex AG – info@ocotex.ch – **041 799 50 00**

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI



DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60

4601 Olten

T 062 205 75 75

www.dietschi-pd.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

SIROX
Wassertechnologie

KALKBEHANDLUNG OHNE CHEMIE
DAMIT WASSER - WASSER BLEIBT

Sirox Cleantech GmbH Vorderdorfstr. 48
8112 Otelfingen 044 844 60 92
www.sirox.ch info@sirox.ch

GOAL GLOSSAR

 **plakativ**

plakativ

aus dem Niederl.; Ableitung von Plakat
bewusst herausgestellt; auffällig; sehr betont

Wir haben eines immer wieder bewiesen:
Unsere Plakate sind auffällig und ragen
heraus. Mit klarer Zielsetzung, einer gut
durchdachten Strategie und einer emotionalen
Umsetzung der Botschaft sind wir erfolgreich.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@ggoal.ch, www.ggoal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, wikipedia, SVP Schweiz, VBS/DDPS.

Fraktion zu Besuch im Kanton Luzern



Beim diesjährigen Fraktionsausflug reiste die SVP-Fraktion mit dem Zug nach Luzern. Nach der Besichtigung des Kultur- und Kongresszentrums (KKL), fuhr die SVP-Fraktion mit dem Schiff über den Vierwaldstädtersee zum Park Hotel Weggis. Herzlichen Dank an Nationalrat Felix Müri für die tolle Organisation.



Paul Winiker (links), SVP-Regierungsrat Kanton Luzern, begrüsst zusammen mit Nationalrat Felix Müri (rechts) die SVP-Fraktion im schönen Luzern.



Die SVP-Fraktion und ihre zahlreichen Gäste bei der Besichtigung des Kultur- und Kongresszentrums (KKL).



Sicht über den Vierwaldstädtersee auf die wunderschöne Stadt Luzern vom Balkon des KKL aus.



Nicht nur im VBS hat Bundesrat Guy Parmelin das Steuer als Kapitän fest in der Hand.



Der neue SVP-Parteipräsident und Nationalrat Albert Rösti (mitte) zusammen mit seinen Ratskollegen Felix Müri (links) und Franz Grüter (rechts) im Park Hotel Weggis.

SVP bi de Lüt

Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Bundesparlamentarier persönlich :



Kanton Aargau



Nationalrat Burgherr Thomas
20. Juni, 19.30 Uhr
Rest. Schützen, Schachenallee 39, Aarau



Nationalrätin Flückiger Sylvia
Kein Anlass



Nationalrat Giezendanner Ulrich
Kein Anlass



Nationalrat Glarner Andreas
20. Juni, 19.30 Uhr
Rest. Schützen, Schachenallee 39, Aarau



Nationalrat Knecht Hansjörg
18. Juni, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Tägerhardstr. 122, Wettingen



Nationalrat Stamm Luzi
18. Juni, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Tägerhardstr. 122, Wettingen
20. Juni, 19.30 Uhr
Rest. Schützen, Schachenallee 39, Aarau



Nationalrat Reimann Maximilian
Kein Anlass



Kanton Bern



Nationalrat Aebi Andreas
19. Juni, 18.00 Uhr
Brunnenhof, Dorfstrasse 90, Alchenstorf



Nationalrat Amstutz Adrian
23. Juni, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle, Auweg 23, Uttigen



Nationalrat Bühler Manfred
18. Juni, 11.30 Uhr
Montagne de Moutier



Nationalrätin Geissbühler Andrea
Kein Anlass



Nationalrat Hess Erich
8. Juli, 19.00 Uhr
Bauernhaus Bienzgut, Bernstrasse 77, Bern



Nationalrätin Pieren Nadja
21. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Rössli, Utzenstorf



Nationalrat Röstli Albert
23. Juni, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle, Auweg 23, Uttigen



Nationalrat Salzmann Werner
21. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Rössli, Utzenstorf
22. Juni, 20.30 Uhr
Garmiswil in Düdingen (FR)
24. Juni, 20.00 Uhr
Romantik Hotel Sternen, Kriegstetten (SO)



Nationalrat von Siebenthal Erich
6. Juli, 20.00 Uhr
Hotel Alphorn, Gstaad



Kanton Basel-Landschaft



Nationalrat de Courten Thomas
29. Juni, 19.30 Uhr
Rest. zum Wilden Mann, Schulstrasse 1, Frenkendorf



Nationalrätin Sollberger Sandra
29. Juni, 19.30 Uhr
Rest. zum Wilden Mann, Schulstrasse 1, Frenkendorf



Kanton Basel-Stadt



Nationalrat Frehner Sebastian
Kein Anlass



Kanton Appenzel Aus.



Nationalrat Zuberbühler David
18. Juni, 19.15 Uhr
Saal Hotel Krone, Wolfhalden



Kanton Freiburg



Nationalrat Rime Jean-François
29. Juni, 20.00 Uhr
Auberge d'Avry-Rosé, Rosé



Nationalrat Page Pierre-André
29. Juni, 20.00 Uhr
Auberge d'Avry-Rosé, Rosé



Kanton Genf



Nationalrätin Amaudruz Céline
Kein Anlass



Nationalrat Nidegger Yves
Kein Anlass



Kanton Glarus



Ständerat Hösli Werner
Kein Anlass



Kanton Graubünden



Nationalrat Brand Heinz
28. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant San Jon, Scuol



Nationalrätin Martullo-Blocher Magdalena
28. Juli, 19.30 Uhr
Hotel Alpina, Schiers



Kanton Luzern



Nationalrätin Estermann Yvette
30. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant Obernau, Obernauerstrasse 89, Obernau



Nationalrat Müri Felix
24. Juni, 20.00 Uhr
Pfarrsaal, Dorfstrasse 5, Rickenbach



Nationalrat Grüter Franz
24. Juni, 20.00 Uhr
Pfarrsaal, Dorfstrasse 5, Rickenbach



Kanton Neuenburg



Nationalrat Clottu Raymond
Kein Anlass



Kanton Nidwalden



Nationalrat Keller Peter
18. Juni, 09.30 Uhr
Wirtschaft zur Rosenberg, Höfli, Alter Postplatz 3, Stans



Kanton St. Gallen



Nationalrat Brunner Toni
Kein Anlass



Nationalrat Büchel Roland Rino
18. August, 20.00 Uhr
Restaurant Sternen, Benken



Nationalrat Müller Thomas
20. Juni, 20.00 Uhr
Seerestaurant, Rorschach



Nationalrätin Keller-Inhelder Barbara
18. August, 20.00 Uhr
Restaurant Sternen, Benken



Nationalrat Reimann Lukas
18. Juni, 19.15 Uhr
Saal Hotel Krone, Wolfhalden (AR)



Kanton Schwyz



Nationalrat Dettling Marcel
22. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant Gotthard Goldau Parkstrasse 21
Goldau



Nationalrat Schwander Pirmin
22. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant Gotthard Goldau Parkstrasse 21
Goldau



Ständerat Föhn Peter
22. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant Gotthard Goldau Parkstrasse 21
Goldau



22. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant Gotthard Goldau Parkstrasse 21
Goldau



Kanton Schaffhausen



Nationalrat Hurter Thomas
17. Juni, 17.30 Uhr
Schiffplände/Freier Platz, Schaffhausen



Ständerat Germann Hannes
17. Juni, 17.30 Uhr
Schiffplände/Freier Platz, Schaffhausen



Kanton Solothurn



Nationalrat Imark Christian
23. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Frohsinn, Hauptstrasse 26,
Erlinsbach



Nationalrat Wobmann Walter
23. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Frohsinn, Hauptstrasse 26,
Erlinsbach



Kanton Tessin



Nationalrat Chiesa Marco
Kein Anlass



Kanton Thurgau



Ständerat Eberle Roland
8. Juli, 19.00 Uhr
Waldhütte Thomann, Märwil



Nationalrat Hausammann Markus
8. Juli, 19.00 Uhr
Waldhütte Thomann, Märwil



Nationalrätin Herzog Verena
8. Juli, 19.00 Uhr
Waldhütte Thomann, Märwil



Nationalrat Walter Hansjörg
Kein Anlass



Kanton Uri



Nationalrat Arnold Beat
16. Juli, 18.00 Uhr
Schiffsstation Flüelen



Kanton Waadt



Nationalrat Buffat Michaël
28. Juni, 19.30 Uhr
Caveau Domaine des Sieurs, Chemin des
Combes 11, Luins



Nationalrat Nicolet Jacques
28. Juni, 19.30 Uhr
Caveau Domaine des Sieurs, Chemin des
Combes 11, Luins



Nationalrat Grin Jean-Pierre
28. Juni, 19.30 Uhr
Caveau Domaine des Sieurs, Chemin des
Combes 11, Luins



Nationalrätin Glauser Alice
28. Juni, 19.30 Uhr
Caveau Domaine des Sieurs, Chemin des
Combes 11, Luins



Kanton Wallis



Nationalrat Addor Jean-Luc
23. Juni, 19.30 Uhr
Salle de la Pontaise, Ardon



Nationalrat Ruppen Franz
22. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Bodmen, Saas-Grund



Kanton Zug



Nationalrat Aeschi Thomas
21. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Sport Inn, Waldmannhalle, Baar



Nationalrat Stahl Jürg
29. Mai, 10.00 Uhr
Bauernhof Weber Buenstr. 11, Dübendorf



Nationalrat Tuena Mauro
22. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühl-
strasse 15, Zürich (Kreis2)



Nationalrat Rutz Gregor
20. Juni, 20.00 Uhr
Brauerei Herzbräu, Dändlikon, Hombrechtikon
22. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühl-
strasse 15, Zürich (Kreis2)



Kanton Zürich



Nationalrat Köppel Roger
9. September 18.30 Uhr
Landgasthof Krone, Russikon



Nationalrat Walliser Bruno
5. Juli, 19.20 Uhr
Schiffahrt auf dem Zürichsee ab Anlegestelle
Uetikon am See
6. Juli, 11.45 Uhr
Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7,
Oberstammheim



Nationalrat Zanetti Claudio
18. Juni, 10.00 Uhr
Gasthof Höfli, Landstrasse 26, Otelfingen



Nationalrat Heer Alfred
22. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühl-
strasse 15, Zürich (Kreis2)



Nationalrat Vogt Hans-Ueli
22. Juni, 19.30 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühl-
strasse 15, Zürich (Kreis2)



Nationalrätin Steinemann Barbara
8. September, 19.00 Uhr
Rebhaus in Watt bei Regensdorf



Nationalrat Egloff Hans
18. Juni, 14.00 Uhr
Schulhaus Kalktarren in Schlieren



Nationalrat Matter Thomas
1. August, 11.00 Uhr
Seeanlage, Meilen



Nationalrätin Rickli Natalie
21. Juni, 19.30 Uhr
Schule für angewandte Linguistik,
Sonneggstrasse 82, Zürich

Für Bauern mit Weitblick.

«Die BauernZeitung gibt uns
viele Anregungen für die Gäste-
Betreuung auf unserem Hof.»

Yvonne und Markus Lütscher, Arosa/GR

Die **NEUE**
BauernZeitung



Die neue BauernZeitung informiert Sie jetzt noch aktueller über
Marktgeschehen, Landwirtschaft und Politik. Umfassend und überall:

- Regionalausgaben für die Nordwest-, Ost- und Zentralschweiz
- Online-Zeitung/Marktplattform
- BauernZeitung-App

Schweizer Agrarmedien AG
Dammweg 3, 3000 Bern 22,
Abodienst Tel. 031 958 33 37

www.bauernzeitung.ch

Jetzt 4 Wochen kostenlos
kennenlernen und eine
Ferienwoche auf Sizilien
gewinnen!

www.bauernzeitung.ch

agrarreisen

BAUERNZEITUNG

Von Bauer zu Bauer.